

Pressemitteilung

Geschlechtergleichheit ohne Frauenquote? Erfahrungen aus Ruanda

Alles anders und doch gleich? Ruanda, das Partnerland von Rheinland-Pfalz, hat das, was in Deutschland auch 2014 noch nicht erreicht wurde: eine Frauenquote in der Verfassung. Gelingen ist dies unter den denkbar schwierigsten Bedingungen nach dem Genozid 1994. Was sich seit der Festschreibung einer 30-Prozent Quote in der ruandischen Verfassung im Jahr 2003 auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für Frauen getan hat, darüber berichtete die Politikwissenschaftlerin von der Goethe-Universität Frankfurt, **Dr. Rirhandu Mageza-Barthel**, am 20. November 2014 im Mainzer DGB-Haus. Ihr Fazit: Die Quote ist die Voraussetzung, um die Repräsentanz von Frauen in der Politik und damit in der Gesellschaft deutlich zu steigern. Die Referentin unterstreicht bereits erzielte Erfolge der ruandischen Frauen- und Geschlechterpolitik. Aktuell liegt der Frauenanteil unter den Abgeordneten im ruandischen Parlament bei 63,8 Prozent – der höchste Wert weltweit.

Eingeladen zum Vortrag über Geschlechtergleichheit und Frauenquoten in Ruanda hatten der Frauennotruf Mainz, das Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Universität Mainz, das Frauenbüro der Landeshauptstadt Mainz und die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz.

Vor genau zehn Jahren knüpften drei Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs Mainz Kontakte nach Ruanda und seither läuft ein reger Austausch zwischen Fraueneinrichtungen in Ruanda und der Fachberatungsstelle für sexualisierte Gewalt in Mainz. Denn hier wie dort, das zeigte sich bei vielen gegenseitigen Besuchen, liegen die Ursachen für sexualisierte Gewalt in patriarchalen Strukturen. Gewalt an Frauen, insbesondere sexualisierte Gewalt, wird hier wie dort bagatellisiert, wenn nicht sogar negiert.

Doch gerade in Ruanda, wo Frauen und Mädchen auf besondere Weise von Gräueltaten während des Genozids betroffen waren, wurden mehrere Reformprozesse in Gang gesetzt, die die Rechtslage von Frauen und Mädchen entscheidend verändern sollten. Das betraf auch die Gewalt an Frauen in Kriegs- und Friedenszeiten, deren Ahndung zum erklärten Ziel der ruandischen Frauenbewegung wurde.

„Die Frage ist“ so Mageza-Barthel „wie Politik in Ruanda unter Beteiligung von Frauen und zugleich zugunsten von Frauen und Mädchen gestaltet wird. Während des Genozids galt das Parlament sowohl physisch als auch symbolisch als Kriegsschauplatz, sodass gesetzliche Änderungen von besonderer Bedeutung sind, um vage Versprechen über Geschlechtergleichheit als politische Normen und soziale Prinzipien zu verankern. Ausschlaggebend dabei ist nicht nur wie viele sondern auch welche Frauen strategische Positionen in der Politik besetzen“.

Was die politische Repräsentanz von Frauen auf lokaler Ebene betrifft, so ähneln sich die beiden Partnerländer Rheinland-Pfalz und Ruanda doch sehr: Rheinland-Pfalz hat die „weiblichste Regierung“ aller deutschen Bundesländer, der Frauenanteil im Landtag liegt bei 42 Prozent, doch in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten sitzen zu mehr als 80 Prozent

Männer. Für die Veranstalterinnen ein Grund mehr, auch in Rheinland-Pfalz weiter für Geschlechterparität in Kommunalparlamenten einzutreten.



Bildunterschrift: Anika Nagel (Frauennotruf Mainz), Referentin Dr. Rirhandu Mageza-Barthel (Politikwissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt), Anette Diehl (Frauennotruf Mainz), Eva Weickart (Frauenbüro der Landeshauptstadt Mainz), Dr. Anna-Maria Brandstetter (Institut für Ethnologie und Afrikastudien und Ruanda-Beauftragte der Joh. Gutenberg-Universität Mainz)